

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Eckhard Behrens **3** Euro- oder Schuldenkrise? - Eine Verbindung des Euro mit nationalen Regiogeldern überwindet Rezessionen
- Ludwig Schuster & Margrit Kennedy **10** Mit einer Komplementärwährung kann Griechenland abwerten und in der Euro-Zone bleiben
- Christian Kreiss **13** Wege aus der Finanz- und Wirtschaftskrise – Drei politische Weichenstellungen
- Silke Helfrich **21** Commons/Gemeingüter – Ein Leitbild für das 21. Jahrhundert
- Hans-Peter Aubauer **31** Eine wirtschaftlich und sozial verträgliche Ressourcenwende
- Achim Lerch **39** CO₂-Emissionshandel – effizient oder gerecht?
- Fabian Thiel **48** Die Bodenpolitik Sun Yat-sens und ihre Auswirkungen auf das zeitgenössische Landmanagement in der VR China
- Renate Börger **57** „Small is beautiful“ – Zum 100. Geburtstag von Ernst Friedrich Schumacher
- 61** Bücher – Personalie – Veranstaltungen
- 76** 49. Mündener Gespräche in der Reinhardswaldschule

Eine wirtschaftlich und sozial verträgliche Ressourcenwende

Hans Peter Aubauer

1 Die Ausgangslage

Mit einer Mehrheit von 97% hat der Deutsche Bundestag am 30. Juni 2011 eine „Energiewende“, die Abschaltung der Kernkraft bis 2022 beschlossen. Eine Wende, die erstens nicht mit bereits beschlossenen Umweltvereinbarungen in Konflikt geraten soll – also mit Vereinbarungen wie die auf der UN-Klimakonferenz in Cancún im Dezember 2010 von der Staatengemeinschaft offiziell beschlossene Begrenzung der Erderwärmung auf 2°C¹ oder das von der Europäischen Union im Dezember 2008 beschlossene 20-20-20-Ziel.² Zweitens soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ungefährdet bleiben. So soll der energieintensiv, aber sauber produzierte deutsche Stahl nicht durch schmutzigen chinesischen verdrängt werden. Drittens soll Energie auch für die Bezieher niedriger Einkommen erschwinglich bleiben. Viertens müssen die Kosten der Wende wirtschaftlich ertragbar sein. Fünftens muss sich die Politik von der Dominanz der Geldspekulation befreien, um sich ihrer eigentlichen Aufgabe, dem Dienst an den Bürgern und der Erhaltung ihrer Lebensgrundlagen, wie durch die Wende überhaupt widmen zu können.

Diese fünf Anforderungen kann nur eine grundlegende „Ressourcenwende“ erfüllen, die einerseits alle natürlichen Ressourcen und nicht nur die Energie einspart, die die Ressourcen allen Menschen in gleichem Ausmaß zuteilt, die sie nutzen könnten, und die die marktwirtschaftliche Steuerung durch die Preise dadurch saniert, dass diese alle Kosten enthalten und so zusätzlich nötige finanzielle Aufwendungen für die Wende vermeidet, wobei Widersinniges wie die Förderung des Verbrauchs von Energie durch ihren niedrigen Preis für Großverbraucher, der Neubau fossiler Kraftwerke oder die unterirdische Speicherung schädlicher Gase (CCS) vermieden

wird. „Widersinnig“, weil Problemlösungen in die Zukunft verdrängt und erschwert werden.

2 Die Ziele einer Ressourcenwende

Die begrenzten Naturressourcen (Energie, Materialien, Entsorgungsfunktionen etc.) sollen „gerecht“ verteilt werden. „Gerecht“ im Sinne des Kant'schen Kategorischen Imperativs, wonach das überlebenswichtige Recht zur Ressourcennutzung des Einen dort endet, wo dasselbe Recht des Anderen beginnt: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte“ (Kant 1788):

„Ökologisch gerecht“ zwischen den Generationen insofern, als der Verbrauch³ der Ressourcen innerhalb einer optimal langen Periode⁴ auf das dauerhaft aufrecht erhaltbare (nachhaltige) Angebot erneuerbarer Ressourcen-Quellen und – Senken der fruchtbareren Boden- und Wasserflächen gesenkt wird.

„Global gerecht“ zwischen den Ländern insofern, als keines von ihnen Ressourcen auf Kosten anderer verbraucht, also jedes „ressourcenneutral“ nur so viele Ressourcen nutzt, als seine Natur liefert und mit ihnen eingehandelt werden können. Nicht nur im weltweiten Mittel, sondern in jedem Land⁵ wird der Ressourcenverbrauch auf das nachhaltige Niveau reduziert.

„Sozial gerecht“ zwischen den Bürgern⁶ eines Landes insofern, als jeder von ihnen dasselbe Nutzungsrecht an den Ressourcen des Landes erhält.

Mit dem Maß des „Ökologischen Fußabdrucks“ (Wackernagel 2010) und seiner Weiterentwicklung (Aubauer 2011) können die verschiedenen Arten des Verbrauches erneuerbarer und erschöpfbarer Ressourcen, etwa von Erdöl, Kernenergie oder landwirtschaftlichen Produkten in eine Einheit (in die Fläche⁷) umgerechnet und addiert wer-

den. Beispielsweise wird die Fläche ermittelt, die die Endprodukte der Erdölverbrennung (hauptsächlich Kohlendioxid) dauernd aufnehmen kann, ohne dass sie wieder in die Atmosphäre entweichen. Weil seit der Industriellen Revolution intensiv erschöpfbare Ressourcen-Vorräte zusätzlich zur Nutzung erneuerbarer Ressourcen-Quellen ausgebeutet werden, wuchs der Fußabdruck der Menschheit auf die Oberfläche von zumindest zehn Erdplaneten⁸. Der Natur werden mehr Ressourcen entnommen, als in ihren Quellen nachfließen, wodurch sie überlastet wird und zusammenbricht. Ihre Quellstärke, ihre Fruchtbarkeit bzw. ihr Ressourcenertrag sinken zulasten künftiger Generationen, so wie ein Wald, dem mehr Holz entnommen wird als in ihm nachwächst. So bleiben nicht mehr als zwanzig Jahre, um den menschlichen Fußabdruck auf die Erdoberfläche oder auf zumindest ein Zehntel zu senken.⁴ Sobald aber der Fußabdruck aller Menschen ökologisch gerecht die Erdoberfläche nicht übersteigt, darf auch der Fußabdruck der auf einer Teilfläche (etwa eines Landes) lebenden Menschen diese Fläche global gerecht nicht überschreiten.⁹ Sonst erzwingen sie einen Fußabdruck der Einwohner anderer Länder, der kleiner als deren Fläche ist bzw. ihren Verzicht auf eigene Ressourcen.

Dies wiederum bedingt, dass jeder der in einem Gebiet lebenden Bürger sozial gerecht dieselben Ausgangschancen, also denselben Nutzungsrechtsanteil an den dort auffindbaren Ressourcen hat. Jeder wird im gleichen Ausmaß mit Naturressourcen versorgt und es hängt von ihm ab, wie viel Gewinn und Wertschöpfung er mit seiner Arbeit daraus zieht. Es kann daher ganz entsprechend dem Verursacherprinzip nur um „Chancengerechtigkeit“ gehen und nicht um die bisher übliche „Verteilungsgerechtigkeit“, d.h. um die möglichst gerechte Verteilung der von allen erarbeiteten Ergebnisse der Verwirklichung dieser Chancen.

3 Die Instrumente einer Ressourcenwende

Die Fläche des Ökologischen Fußabdrucks der Bürger eines Landes soll also in einem bestimmten Jahr einen vorgegebenen Wert nicht über-

schreiten, der stufenweise Jahr für Jahr auf die Landesfläche gesenkt wird. Dieser jährliche Fußabdruck eines Bürgers setzt sich aus den Fußabdrücken der Güter und Dienste zusammen, die er während des Jahres kauft. Das sind die Fußabdrücke der Ressourcen, die zu ihrer Herstellung nötig waren oder die er direkt kauft. Der mit dem Fußabdruck bemessene Ressourcenverbrauch aller in dem Jahr im Land abgesetzten Güter und Dienste soll also innerhalb des vorgeplanten Wertes bleiben. Grundsätzlich kann dies auf zweierlei Weise erreicht werden: Entweder wird der Preis der Ressourcen mittels ihrer Besteuerung vorgegeben, so dass sich ihr Verbrauch einstellt, oder es wird der Verbrauch der Ressourcen mittels Zertifikate vorgegeben, so dass sich ihr Preis einstellt. Es erscheint vorteilhaft zunächst mit der ersten Vorgangsweise zu beginnen, um Zeit zur Vorbereitung der zweiten zu gewinnen, die anschließen sollte (Aubauer 2006 a, b).

3.1 Die Steuerumlagerung

So kann mit einer zunehmenden Besteuerung der Ressourcen (oder von wichtigen Ressourcenanteilen wie Energie, Materialien oder der Nutzung versiegelter Bodenflächen) begonnen werden, deren Einnahmen durch die Anzahl der Bürger geteilt und an jeden von ihnen in gleichem Ausmaß zurückerstattet oder zur Senkung seiner bisherigen Steuern verwendet wird, Steuern, die hauptsächlich auf der Arbeit und ihrem Ertrag lasten. Diese aufkommensneutrale Besteuerung oder Steuerumlagerung auf Ressourcen hat zwei Wirkungen: Einerseits verändert sie die Differenzen zwischen den realen Preisen („real“ meint, zusammen mit der Rückerstattung) der Güter und Dienste, nicht jedoch ihren realen Durchschnittswert dadurch, dass der Preis des einen primären Produktionsfaktors (die Leistung der Natur für den Ressourcenverbrauch) steigt und der Preis des anderen primären Produktionsfaktors (die Leistung des Menschen durch seine Arbeit) sinkt. Wobei die ökologische Wirkung der Ressourcenverbrauchsreduktion dadurch entsteht, dass sich ressourcenintensive Produkte (die viele Ressourcen zu ihrer Herstellung benötigten) verteuern

und von ressourcenextensiven (die viel Arbeit benötigten) vom Markt verdrängt werden, die billiger werden. Ressourcen werden durch Arbeit ersetzt.¹⁰ Andererseits entsteht die soziale Wirkung der Ressourcenverteilung dadurch, dass der reale Preis der Ressourcen mit ihrem individuellen Verbrauch zu- bzw. abnimmt. Sowohl die ökologische als auch die soziale Wirkung entstehen ohne zusätzliche Kosten und ohne Beeinträchtigung des Sozialprodukts. Die Wirtschaft wächst weiter, aber mit Rücksicht auf die ökologischen und sozialen Ressourcenverbrauchsgrenzen.

3.2 Der Handel mit Ressourcenzertifikaten

Diese zwei Wirkungen entstehen auch bei einer Ressourcenreduktion mit gehandelten Zertifikaten (Aubauer 2006 a, b) und dies mit minimaler Marktsteuerung.¹¹ Der Wechsel von einer Besteuerung zu Zertifikaten wird spätestens notwendig, wenn die Ressourcensteuereinnahmen so gestiegen sind, dass sie nicht mehr durch eine Senkung vorhandener Steuern kompensiert werden können.¹² Dabei werden an jeden Bürger kostenfrei Zertifikate in gleichem Ausmaß ausgegeben¹³, deren Gesamtsumme der vorgegebenen Ressourcenmenge entspricht.¹⁴ Die Zertifikate berechtigen zum Kauf von Ressourcen, der direkt oder indirekt über den Erwerb von Gütern oder Diensten erfolgt. Dazu müssen die Produkte neben ihrem Preis auch mit der Ressourcenmenge (bzw. mit ihrem ökologischen Fußabdruck in Flächeneinheiten) gekennzeichnet werden, die zu ihrer Herstellung erforderlich war.¹⁵ Bezahlt wird bei einem Kauf unverändert mit Geld entsprechend der Kennzeichnung des Produktes mit dem Preis und mit den Ressourcenzertifikaten entsprechend seiner Kennzeichnung mit dem Ressourceninhalt. Wobei die Zertifikate wie eine zweite Währung an den Banken gehandelt, d. h. gekauft und verkauft bzw. in Geld getauscht werden können. Die Zertifikats-Währung ist nicht-inflationär, umlaufgesichert¹⁴, an das knappste Gut, den fruchtbaren Boden (statt an Gold) gebunden und hat direkte Kaufkraft. Bei einem Kauf kann auch allein mit Geld, also ohne Zertifikate, hantiert werden.¹⁶ In die Produktion

muss überhaupt nicht eingegriffen werden. Denn um den realen Produktpreis zu minimieren, wird der Produzent schon bei der Planung diejenige Herstellungsmethode eines Produktes suchen, die mit der geringsten Ressourcenmenge auskommt.¹⁷

Wenn jemand die allen in gleichem Ausmaß zustehende Ressourcenmenge¹⁸ kauft, ändert sich preislich für ihn gar nichts. Er hat genau so viele Zertifikate erhalten, als er für seine Käufe benötigt. Wenn er mit seinen Käufen aber mehr Ressourcen verbraucht, als ihm rechtlich zustehen, benötigt er dafür Zertifikate zusätzlich zur kostenlos verteilten Menge. Denn es genügt nicht mehr allein Produkte oder Dienstleistungen zu kaufen. Es muss auch das Recht zum Ressourcenverbrauch gehandelt bzw. dann gekauft werden, wenn man es noch nicht hat. Die für den Mehrverbrauch von Ressourcen zusätzlich nötigen Zertifikate können am Markt gekauft bzw. gegen Geld eingetauscht werden, wodurch sie (trotz ihrer kostenfreien Verteilung) einen Marktwert erhalten. Zusammen mit dem Zertifikatskauf steigen die Ausgaben des Mehrverbrauchers für die Ressourcen. Sein realer Ressourcenpreis wird durch die Zertifikatseinführung angehoben und dies umso stärker, je höher sein Ressourcenverbrauch ist. Wenn jemand aber weniger Ressourcen kauft, als ihm zustehen und sein Ressourcenverbrauchsrecht nicht voll ausschöpft, bleiben ihm kostenlos erhaltene Zertifikate übrig. Der Ressourcensparer kann sie verkaufen bzw. um ihren Marktwert in Geld umtauschen, woraus ein zusätzliches Einkommen (analog zur Rückvergütung der Einnahmen einer Ressourcenbesteuerung des Abschnitts 3.1) für seine Leistung¹⁹ resultiert, den eigenen Ressourcenverbrauch zu senken. Sein realer Ressourcenpreis sinkt durch die Zertifikatseinführung unter den ursprünglichen Ressourcenpreis und dies umso mehr, je niedriger sein Verbrauch ist und je stärker der Ressourcenverbrauch mit den Zertifikaten verringert wurde. Für einen genügend niedrigen Verbrauch der Ressourcen sinkt ihr Preis sogar auf null, weil das zusätzliche Einkommen aus dem Zertifikatsverkauf so hoch ist, wie die Ausgaben für die Ressourcen. Es entsteht eine kostenfreie Grundversorgung mit Ressourcen, die die derzeitigen

staatlichen Leistungen für diese Versorgung entbehrlich macht.²⁰

Als Ergebnis fördern einerseits die Ressourcenmehrerverbraucher direkt die Ressourcensparer, ohne die Allgemeinheit zu belasten. Andererseits wechseln beide von den Käufen ressourcenintensiver Güter und Dienste, die viele Zertifikate erfordern, zu ressourcenextensiven, die wenige Zertifikate benötigen, ohne Nutzeneinbuße oder Zusatzkosten. Die Ressourcenproduktivität (oder der aus ein und derselben Ressourcenmenge gewonnene Beitrag zum Sozialprodukt) wächst. Das ökologische Ziel einer starken und genau vorplanbaren Reduktion⁴ des Verbrauchs der Ressourcen kann gleichzeitig und konfliktlos mit dem sozialen Ziel ihrer gerechten Verteilung und dem wirtschaftlichen Ziel ihrer optimalen Allokation erreicht werden. (Daly 1992; Aubauer 2006 a,b)

4 Die Bezahlung der selbst verursachten Kosten

Dieser nationale Zertifikatshandel²¹ beseitigt, indem er das Verursacherprinzip durchsetzt, einen gravierenden Mangel des Wirtschaftssystems, die Abwälzung zum Teil außerordentlich hoher²² (externer) Kosten auf die gegenwärtige und zukünftige Allgemeinheit, die Käufer verursachen, aber nicht selbst tragen, weil sie nicht in den Preisen enthalten sind. Dieses wohl wichtigste Marktversagen grob irreführender Preise ist längst bekannt (Pigou 1923; Kapp 1979; 1987), blieb aber bisher unangetastet. Dafür werden vor allem drei Gründe vorgeschoben. Erstens sei die Höhe der externen Kosten kaum ermittelbar. Zweitens würde der Durchschnitt der Preise, die alle (der nur als positiv angenommenen) Kosten enthielten, so stark steigen, dass dies wirtschaftlich und sozial untragbar wäre. Und drittens müsste die Beachtung aller Kosten in den Preisen weltweit erfolgen, um Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Produktionsstandorten zu vermeiden. Dies sei aber utopisch.

Ein national vorbildlicher Zertifikatshandel (Abschnitt 3.2) kann diese drei Argumente entkräften. Er kann alle (externen) Kosten in den Preisen berücksichtigen (internalisieren), das Geld auf die Tauschfunktion beschränken, den Reich-

tum entmachten²³ und es verunmöglichen „Geld für sich arbeiten zu lassen“.

Erstens folgt die Höhe der externen Kosten zwanglos aus der Verfolgung der Ziele der Ressourcenwende (zweiter Abschnitt) mit dem Zertifikatshandel. Externe Kosten haben ökologische und soziale Anteile, die sowohl positiv, als auch negativ sind. Die ökologischen externen Kosten sind positiv für Produkte, die viele Ressourcen zu ihrer Herstellung benötigten, und negativ für solche, die statt dem viel Arbeit und Einfallsreichtum erforderten. Die sozialen externen Kosten sind positiv (negativ) für einen Käufer, der mehr (weniger) Ressourcen erwirbt, als ihm zustehen. Die zusätzliche Bezahlung mit den verteilten Zertifikaten berichtigt die Preise genau um diese externen Kosten.

Zweitens ist sowohl die Summe der ökologischen als auch die der sozialen externen Kosten weitgehend null, so dass die Korrektur der Preise mit ihnen deren Mittelwert kaum verändert, wohl aber deren Unterschiede und dies bis zu einem beachtlichen Ausmaß. Die Bezieher oberer Einkommen investieren wegen der Preisverschiebung vermehrt in Arbeit und weniger in Ressourcen und finanzieren damit den ökologischen und sozialen Ausgleich. Die Nachfrage nach Ressourcen sinkt, die nach Arbeit steigt. Das Angebot an Arbeit sinkt aber, weil Einkommen nicht nur durch Arbeit, sondern auch durch Ressourceneinsparung erworben werden kann und daher teilweise ersetzt werden wird. Daraus entsteht eine Arbeitsverknappung, die zunächst die unfreiwillige Arbeitslosigkeit senkt, dann aber die Löhne anhebt, obwohl die Arbeitskosten sinken (bis zu negativen Lohnnebenkosten). Kapital wird vermehrt in den primären Produktionsfaktor Arbeit sowie Können und weniger in den anderen primären Produktionsfaktor Ressourcen investiert, weil dies mehr Gewinn bringt. Ressourcensparende Techniken rentieren sich, weil ihre Amortisationszeit sinkt. Als Gesamtergebnis werden Lebensstile, die viele Naturressourcen verbrauchen (beispielsweise Fahrten mit dem Flugzeug und dem Personenkraftwagen), durch solche verdrängt, die mit wenigen Ressourcen auskommen (wie Fahrten mit Schienenverkehrsmitteln, Fahrrädern, den eigenen Füßen oder gänzlich neuen hoch ressourceneffizienten

Verkehrsmitteln). Die Arbeitslosigkeit und die mit dem Gini-Koeffizienten messbare soziale Ungleichheit sinken so, dass die für ihre Kompensation nötigen Staatsausgaben weitgehend eingespart werden können. Es lässt sich quantitativ nachweisen, dass das Sozialprodukt dadurch nicht sinkt (Aubauer 2006a, b). Dessen Wachstumchancen steigen sogar, weil wesentliche Wachstumshindernisse, wie die Naturressourcenknappheit durch vermehrte Ressourcenproduktivität und unausgelastete Arbeitskraft durch vermehrte Beschäftigung an Bedeutung verlieren. Auch vermeidet der Wandel von vielen undurchdachten minderwertigen Produkten zu wenigen ausgeklügelten, hochwertigen und langlebigen sowohl die Verschwendung von Arbeit als auch von Ressourcen und schafft zusätzlich Wertschöpfung.

Nur wenn die Preise, das Rückgrat der marktwirtschaftlichen Selbststeuerung (Müller-Armack 1946), von sich aus die Ziele einer gerechten Ressourcenverteilung insofern berücksichtigen, als sie die unabänderlichen ökologischen und sozialen Grenzen der Ressourcennutzung und damit alle positiven Kosten ihrer Über- oder negativen Kosten ihrer Unterschreitung enthalten, wenn der Käufer alle Kosten der Lasten bezahlt, die er der Allgemeinheit auflädt, aber auch für alle Leistungen entlohnt wird, die er ihr bringt, wird auch das wirtschaftliche Ziel optimalen Ressourceneinsatzes und geringster zusätzlicher Kosten und Markteingriffe erreicht, abgesehen von den Interventionen, die zur Herstellung dieser Kostengerechtigkeit erforderlich sind. Denn ohne diese Interventionen entstehen ökologische, soziale und wirtschaftliche Krisen, die wesentlich größere Interventionen erzwingen.

5 Eine weltweite Kostengerechtigkeit

Das dritte Gegenargument gegen kostengerechte Preise trifft insofern zu, als es angestrebt, erhofft, aber nicht erwartet werden kann, dass sie sofort weltweit eingeführt werden. Davor entstehen Grenzen zwischen Ländern mit und ohne Kostengerechtigkeit, zum Nachteil der Ersteren. Denn unter den Umständen des „Herkunftslandprinzips“ des Handels, das die Regeln

des Heimatlandes den Regeln des Herkunftslandes von Importen unterwirft, würden billig gebliebene, nicht kostengerechte, ressourcenintensive Importe gegenüber heimischen kostengerechten Produkten bevorzugt und diese ersetzen, zum Schaden der heimischen Wirtschaft. Unverändert würden sich am Weltmarkt jene Erzeugnisse durchsetzen, die konkurrenzlos billig sind, weil die meisten ihrer Erzeugungskosten auf die Gemeinschaft abgewälzt wurden. Weil es dem Verursacherprinzip widerspricht, untergräbt das Herkunftslandprinzip generell die Möglichkeiten eines Landes, die eigene Zukunft selbst zu gestalten. Weder mit einer Steuerumlagerung noch mit einem Zertifikatshandel könnten ressourcenextensive Produkte verbilligt, Ressourcensparbemühungen gefördert, der Verbrauch von Ressourcen gesenkt oder gerecht verteilt werden.

Eine weltweite Ressourcenwende erfordert das Ergreifen der Freiheit, sie national allein oder zusammen mit anderen Ländern so einzuführen, dass sie ihnen Vorteile bringt und deswegen zum Vorbild wird. Die Vorteile²⁴ würden nachgeahmt und schließlich weltweit. Dazu müssten alle im Inland angebotenen Erzeugnisse, also auch die importierten, kostengerecht den inländischen Rechtsvorschriften (gemäß dem „Bestimmungs- oder Ziellandprinzip“) entsprechen. Oder die nicht in den Preisen der Importe berücksichtigten Kosten müssten mit Ausgleichszahlungen (am Ort des Kaufs oder an der Grenze) pauschal eingehoben werden. (Aubauer 2006a, b)

Aber nicht nur die Migration von Waren, sondern auch die von Personen entartet, wenn sie Selbstzweck statt Mittel zum Zweck wird. (Daly 2006) Wegen der Ressourcenneutralität steht jedem Bürger nur das Ressourcenangebot des Landes, geteilt durch ihre Anzahl, zur Verfügung. Je mehr Bürger es gibt, umso weniger Ressourcen gibt es für jeden von ihnen. So kann es nur von der direkt demokratischen Entscheidung der Bürger abhängen, welche Anzahl in Zukunft und mit welchen Mitteln angestrebt wird. Sonst untergräbt die Immigration die Möglichkeit, das soziale und das global-solidarische Ziel zu erreichen. (Daly 2006) Denn Erfolge der Armutsbekämpfung in einem Land können durch die Einwanderung aus dabei erfolgloseren Ländern wieder zunichte wer-

den. Wenn Bürger ihren Wohlstand durch Einwanderung in reichere Länder anzuhoben versuchen, geschieht dies wider das Verursacherprinzip zu Lasten der Allgemeinheit. Denn entweder vermehrt es den Ressourcenstrom und das Wohlstandsgefälle zwischen den Ländern oder es senkt die individuelle Ressourcenausstattung und Wohlstand im Zielland. Demgegenüber sucht das Ziel der globalen Gerechtigkeit ja gerade das Wohlstandsgefälle zwischen den Ländern und das Ziel der sozialen Gerechtigkeit das Gefälle innerhalb von ihnen abzubauen.

6 Die Tradition einer aufkommensneutralen Alleinsteuern auf den Bodenertrag

Die hier vertretene Idee, allein die Naturressourcen wie die Bodenschätze und den Bodenertrag zu besteuern, hat eine lange Tradition. Eine einzige Steuer auf den Bodenertrag schlugen im 18. Jh. die französischen Physiokraten (Mirabeau 1761) als „impôt unique“, Thomas Spence (1750-1814) (Spence 1904), Henry George (1839-1897) (George 1879) und Frank Ramsey (1903-1930) als „single tax“ vor. Dabei wies der Mathematiker Ramsey nach, dass sich eine Steuer auf den Boden kaum auf die Produktion oder den Konsum auswirkt, weil sein Angebot weitgehend preisunelastisch ist (Ramsey 1927). Spence schlug die Vergesellschaftung des Grundbesitzes und die Verwendung von Pachteinahmen für Staatsausgaben sowie für ein für alle gleiches Einkommen vor (nahezu wie im Abschnitt 3.1). Diese Ideen inspirierten Silvio Gesell (1862-1930) zu seinem Vorschlag des „Freilandes“, in dem ebenfalls der Boden, aber auch Rohstoffvorkommen vergesellschaftet und gegen die Bezahlung einer Boden- oder Rohstoff-Abgabe privater Nutzung zur Verfügung gestellt werden, wobei die aus ihnen resultierenden Einnahmen der Allgemeinheit zugute kommen. (Gesell 1991 a) Obwohl Milton Friedman (1912-2006) Steuern zu vermeiden suchte, wies er darauf hin, dass eine einzige Steuer auf die Nutzung des Bodens diesen nicht verteuere, sondern verbillige, weil sie die Wertaufbewahrungsfunktion von Grund und Boden beseitige, die ihrer gerechten Verteilung im Wege steht. (Fried-

man 1992) Dies erreicht auch das von Gesell vorgeschlagene „Freigeld“ dadurch, dass es wie die Ressourcen-Zertifikate mit der Zeit seinen Wert verliert, so dass die Funktion des Geldes auf das Wesentlichste, den Tausch, eingeschränkt wird. Wie Spence und George strebt Gesell so nach einer gerechten Verteilung der Naturgüter, nach einem: „... gleichen unveräußerlichen Recht aller Menschen auf den Boden und die Schätze dieser Erde...“ (Gesell 1991 b).

Gesell konnte damals aber noch nicht erkennen, dass mit „allen Menschen“ auch jene überwältigende Mehrheit an Menschen gemeint sein muss, die in zukünftigen Generationen leben könnten.²⁵ Seine allein intratemporal und räumlich gerecht gemeinte Ressourcenverteilung innerhalb der Generationen muss dazu um die intertemporal und zeitlich gerechte Ressourcenverteilung zwischen den Generationen ergänzt werden. Beide, sowohl die räumlich gerechte Verteilung zwischen den Lebenden auf der Erde, als auch die zeitlich gerechte Verteilung zwischen ihnen und den noch nicht Lebenden in zukünftigen Generationen kann ohne gravierende Konflikte nur durch die global gerechte Ressourcenneutralität erreicht werden, die hier eines von drei gleichwertigen Zielen ist. Nirgends dürfen Ressourcen auf Kosten räumlich wo anders Lebender oder dort zeitlich zukünftig Lebender verbraucht werden. Weder aus der höheren Bevölkerungsdichte eines Landes noch aus seiner höheren Kaufkraft darf das Recht auf einen höheren Ressourcenverbrauch abgeleitet werden. Es ist diese strikte Einhaltung des Verursacherprinzips, die allgemeines Wohl sichert.

Literatur

- Aubauer H. P.: A just and efficient reduction of resource throughput to optimum, in: Ecological Economics, Vol. 58, No.3, 2006 a, S. 637-649, www.upi-yptk.ac.id/Ekonomi/Aubauer_Ajust.pdf
- Aubauer H. P.: Ökologische, global-solidarische und soziale Zügel für den Kapitalismus. in: Weltregionen und Kapitalismus. (Hrsg.) H. Knoflacher u. a.; echomedia Verlag Wien 2006 b, <http://homepage.univie.ac.at/hans.peter.aubauer/dateien/Z%FCgel-Kapitalismus-0.pdf>
- Aubauer H. P.: Development of Ecological Footprint to an Essential Economic and Political Tool, in: Sustainability, Vol. 3, No. 4, 2011, S. 649-665. Verfügbar "Open Access" unter <http://www.mdpi.com/2071-1050/3/4/649/pdf>
- Daly H. E.: 1992: Allocation, Distribution, and Scale: towards an economics that is efficient just, and sustainable, in: Ecological

- Economics, Vol. 6, No. 3, 1992, S. 185-193. Kann über "Google Scholar" gelesen werden.
- Daly H. E.: Population, migration, and globalization, in: Ecological Economics, Vol. 59, No. 2, 2006, S. 187-190.
 - Friedman M.: Geld regiert die Welt, ECON-Verlag, Berlin, 1992.
 - George H.: Progress and Poverty – An Inquiry into the Cause of industrial depressions and of increase in want with increase in wealth, London, 1879.
 - Gesell S.: Gesammelte Werke, Band 9 und 11, Gauke GmbH. Verlag für Sozialökonomie, Lütjensburg, 1991 a.
 - Gesell S.: Gesammelte Werke, Band 15, S. 333 und S. 377, Gauke GmbH. Verlag für Sozialökonomie, Lütjensburg, 1991 b.
 - Kant I.: Kritik der Praktischen Vernunft, in: Erstes Buch. Erstes Hauptstück, §7, 1788.
 - Kapp K. W.: Soziale Kosten der Marktwirtschaft, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, 1979.
 - Kapp K. W.: Für eine ökosoziale Ökonomie, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, 1987.
 - Mirabeau Victor Riquetti Marquis de: Theorie de l'impôt, Amsterdam, 1761.
 - Müller-Armack A.: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Verlag für Wirtschaft und Sozialpolitik, Hamburg, 1946, Kastell 1990.
 - Pigou A. C.: The Economics of Welfare, Macmillan, 1923.
 - Ramsey F. P.: A Contribution to the Theory of Taxation, in: The Economic Journal, Vol. 37, No. 145, 1927, S. 47-61.
 - Spence T.: Das Gemeineigentum am Boden, Leipzig 1904; Nachdruck: Glashütten/Taunus 1974.
 - Wackernagel M., B. Beyers: Der Ecological Footprint, Europäische Verlagsanstalt GmbH, 20457 Hamburg 2010. Im Internet unter: „Living Planet Report 2010“.

Anmerkungen

- 1 Eine Zunahme der global und über zehn Jahre gemittelten Erdtemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Niveau des Jahres 1750. Wegen der seitherigen Erwärmung um 0,7°C, soll die zukünftige mit 1,3°C limitiert werden.
- 2 Europaweit sollen bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen relativ zu 2005 um 20% gesenkt werden, der Anteil an erneuerbaren Energien 20% betragen und die Energieeffizienz um 20% steigen.
- 3 „Verbrauch“ soll hier sowohl die Entnahme der Ressourcen aus der Natur (mit niedriger Entropie) und die Rückgabe ihrer Nutzungsprodukte, der Schadstoffe, des Mülls oder der Abwärme (mit hoher Entropie) an sie meinen.
- 4 „Optimal“ meint das Minimum der Summe der Nachteile der Ressourcenverbrauchsreduktion für die gegenwärtigen Generationen und einer nicht sofortigen Reduktion für die zukünftigen Generationen. Die optimale Reduktion liegt bei zumindest 10% pro Jahr, also innerhalb von 22 Jahren bei um mehr als 90%: $100 \cdot [(100-10)/100]^{22} = 9,8$.
- 5 Eigentlich müsste schließlich jede Region weitgehend ressourcenneutral werden, um überall irreversible Naturschäden zu vermeiden. Ausnahmen sind die Städte mit ihren versiegelten Flächen, zu denen auch ihr Umland gerechnet werden muss.
- 6 Hier sind im gebräuchlichen Sinn sowohl Damen als auch Herrn gemeint.
- 7 Üblicherweise wird in „globalen Hektar“ mit global durchschnittlicher Fruchtbarkeit gemessen.
- 8 Beispielsweise wären 35 Erdplaneten nötig, um das menschlich emittierte Kohlendioxid mit ihren Senken dauerhaft aufzunehmen: Die Lithosphäre der Meeressedimente kann 0.2 Gt C/a fossilen Kohlenstoffs aufnehmen, während 7 Gt C/a verbrannt wird (Aubauer 2011).
- 9 Diese weitgehende „Ressourcenneutralität“ jedes Landes meint, dass es (als ökologischer Fußabdruck gemessen) nicht mehr Ressourcen importiert, als exportiert. Unverändert kann der Handel die komparativen Vorteile der Eigenheiten der Länder nutzen. Falls aber die Bürger eines Landes über Importe (etwa von Bananen) die Fläche eines anderen Landes nutzen, müssen sie seinen Bürgern eine gleichwertige eigene Fläche zur Verfügung stellen.
- 10 Gegenwärtig geschieht genau das Umgekehrte, weil Arbeit teuer im Vergleich zu den Ressourcen ist.
- 11 Diese Interventionen in den Markt sind wesentlich kleiner, als die zur Bekämpfung der Folgen weiteren Nichthandelns nötigen Interventionen.
- 12 Zur Absenkung des Verbrauches von Ressourcen auf ein Zehntel müssten ihre Preise um weit mehr als das Zehnfache angehoben wachsen, wozu sich eine Besteuerung nicht eignet.
- 13 Die Zertifikatsausgabe erfolgt etwa von einer nationalen „Ressourcenagentur“, deren Aufgabe es (analog einer politisch unabhängigen Zentralbank) ist, die Reduktion des Ressourcenverbrauches mit Zertifikaten durchzuführen.
- 14 Jeder Bürger über einem bestimmten Alter erhält regelmäßig (etwa monatlich) ein und dieselbe Zertifikatsmenge (z. B. auf sein Gehaltskonto). Bedacht werden muss dabei, dass Geburten umso mehr gefördert werden, je niedriger dieses Alter ist. Die Gültigkeit der Zertifikate wird zeitlich (etwa auf ein Jahr) begrenzt, um ihr Horten und Spekulation zu vereiteln.
- 15 Dies ist administrierbar, sobald die der Natur an einem Ort entnommenen Ressourcen mit dem dortigen Flächenbedarf gekennzeichnet werden. Dabei wird eine Mengeneinheit der Ressourcen durch den Ressourcenbeitrag der dortigen Boden- oder Wasserfläche geteilt. Der Flächenbedarf eines Produktes lässt sich danach (mit einem Rechenprogramm) aus dem jeweiligen Flächenbedarf der Ressourcen und der schon gekennzeichneten Vorprodukte zusammensetzen. Bei Importen muss der Importeur über den Ressourcenanteil seiner Importe glaubhaft informieren. Bei Unsicherheiten setzt die nationale inländische „Ressourcenagentur“ den Ressourcenanteil bzw. Flächenbedarf (den ökologischen Fußabdruck) an ihrer oberen Grenze fest (Aubauer 2006 a, b; 2011).
- 16 Die Zertifikate können entsprechend ihrem momentanen Marktwert als Geld vom Gehaltskonto abgebucht werden und beim Kauf an der Kasse allein mit Geld die Summe aus dem Preis eines Erzeugnisses und aus dem Produkt seines Ressourcenanteiles mit dem Zertifikats-Marktwert bezahlt werden. Oder es werden Kreditkarten verwendet, die sowohl die Geld-, als auch die Zertifikatsmenge speichern können.
- 17 Der Produzent erhält die Zertifikate beim Verkauf und zahlt mit ihnen beim Kauf der Vorprodukte oder bei der Ressourcenagentur, wenn er Ressourcen direkt der Natur entnimmt (Aubauer 2006 a, b).
- 18 Das ist die vorgegebene Ressourcenmenge, geteilt durch die Anzahl der Bürger.
- 19 Dies ist der Unterschied zum „Bedingungslosen Grundeinkommen“.
- 20 Berücksichtigt werden muss dabei die Bevölkerungsdichte. Eine Verdoppelung der Anzahl der Menschen halbiert ihren individuellen Anteil an der unverändert großen Ressourcenmenge.
- 21 Dieser Ressourcenzertifikatshandel unterscheidet sich vom heute üblichen Emissionszertifikatshandel dadurch, dass er erstens keine zusätzlichen Kosten verursacht, weil er direkt an der Ursache des Ressourcenverbrauches, der Kaufentscheidung des Konsumenten ansetzt, dass er zweitens verteilungsgerecht ist, weil die Zertifikate an die Menschen in gleichem Ausmaß ausgeben werden und nicht an Produzenten, dass er drittens den

- ganzen Ressourcenverbrauch erfasst und nicht nur einen Teil der Emissionen, dass er viertens nicht den Ressourcenimport bzw. Schadstoffexport auf Kosten anderer Länder fördert, weil er national und nicht international ist und dass fünftens die Ausgabemenge der Zertifikate strikt limitiert und an einen Reduktionsplan gekoppelt ist.
- 22 Beispielsweise richtet der Ressourcenverbrauch Schäden an der Umwelt an, deren Beseitigung unbegrenzt hohe Kosten erfordern, weil sie irreparabel sind.
- 23 Investitionen wirken nur mehr innerhalb der ökologischen und sozialen Ressourcengrenzen zum allgemeinen Wohl, denn ein „Reicher“ bezahlt implizit „Arme“ und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.
- 24 Vorteile entstehen auch dadurch, dass exportierte Produkte beim Gebrauch weniger Ressourcen erfordern, weil sich diese weltweit mittelfristig verteuern.
- 25 Natürliche Grenzen der Existenz der Menschheit auf der Erde sind erst in einigen Milliarden Jahren erkennbar. Grenzen bestehen etwa aus dem Verlust von Wasserstoff an das Universum oder durch die Entwicklung der Sonne zu einem „Roten Riesen“. Auf Dauer kann die Erde sicherlich nicht mehr Menschen mit ihren erneuerbaren Ressourcen am Leben erhalten, als die 10^9 , die im Jahr 1820 gelebt haben. Sie haben damals die erneuerbaren Ressourcen restlos genutzt, die erschöpfbaren jedoch noch nicht intensiv ausgebeutet. Innerhalb der nächsten Milliarde an Jahren könnten also mindestens $(10^9)^2 = 10^{18}$ Menschenlebensjahre leben. Das ist das Millionenfache der 10^{12} Lebensjahre, die in der gesamten bisherigen Menschheitsgeschichte gelebt haben. Wir, diese winzige Minderheit eines Millionstels aller Menschen sind im Begriff, der Mehrheit innerhalb weniger Jahrzehnte die natürliche Existenzbasis zu entziehen.

Die Finanzkrise und das Versagen der modernen Ökonomie

„Im Herbst 2008 haben die Staaten rasch und entschlossen die Weltwirtschaft vor dem Absturz bewahrt. Daher ist ein zweites 1929 unwahrscheinlich. Allerdings haben sich die Staaten durch ihre Rettungsaktionen erhebliche Folgeprobleme eingehandelt. Eines ist die Erhöhung der Staatsverschuldung, das andere ist eine massive Überschussliquidität, die heute in den Bankbilanzen lagert. ... Im Prinzip ist zu viel Geldvermögen auf der Welt. ...

Es ist schädlich, wenn Banken wie Versicherungen agieren, Versicherungen wie Banken, und alle Banken auf das Investmentbanking schießen. ...

Im Herbst des Jahres 2008 hörte man vielfach den Ruf nach der ‚Rückkehr des Staates‘. Aber eine solche Rückkehr fand nicht statt. Mittlerweile ist die internationale Finanzlobby so mächtig, dass das Gegenteil passiert: Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz in Deutschland wurde von einer Rechtsanwaltskanzlei geschrieben, die wenige Wochen zuvor noch die HypoRealEstate beraten hatte. ... Gesten der Politik waren bislang vor allem Säbelrasseln. Aber letztlich besteht das System, welches zur Krise geführt hat, weiter. So ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich die nächste Blase entwickeln wird. ...

Seit der Tulpenmanie der Jahre 1635 bis 1637 sind größere Finanzkrisen ein regelmäßiges Phänomen des modernen Kapitalismus. Dennoch werden sie von der modernen Ökonomie weitgehend ignoriert. ... Die Gefahr ist groß, dass die Priesterkaste der mathematischen Ökonomen auch in Zukunft grundlegende ordnungspolitische Zusammenhänge ignoriert und sich in esoterischen Modellen ergeht, während draußen in der Welt bereits die nächste Blase entsteht. ...

Immer ist die Ausgestaltung von Marktformen und Haftungsregelungen wichtig, wenn wir eine funktionierende und gerechte Marktwirtschaft wollen.“

Prof. Dr. Max Otte, Die Finanzkrise und das Versagen der modernen Ökonomie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 52/2009, S. 9-16.